

Potsdam, d. 19.10.2023

## **Top 9: Staatsvertrag Lehrerbildung - Bundesweite Strategie gegen den Lehrkräftemangel!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 7/7371

Rede der Sprecherin für Bildungspolitik Kathrin Dannenberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

alle hier wissen mittlerweile, dass wir bundesweit mindestens bis 2035 mit einem enormen Lehrkräftedefizit kämpfen werden. Hinzu kommt, dass die Zahl der Schüler\*innen bundesweit von aktuell knapp 11,0 Mio. bis 2035 auf rund 12,0 Mio. (um 9,2 %) steigen wird. Auch in den ostdeutschen Bundesländern. Bis 2027 von 1,5 auf 1,6 Mio., dann wieder etwas sinkend. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat im September die Zahlen veröffentlicht.

Allein diese Zahlen rechtfertigen dringend zu ergreifende Maßnahmen, um die Bildungsqualität an unseren Schulen zu erhalten, zu verbessern, um somit den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen zu entsprechen und vor allem auch Ganztag, Inklusion und individuelle Förderungen zu ermöglichen. Der Lehrkräftemangel ist einerseits in einem bundesweiten Ausbildungsdefizit von 18 % begründet, gerade drei Bundesländer bilden über dem Einstellungsbedarf aus. Brandenburg bildet nicht mal die Hälfte an Lehrkräften aus, die wir einstellen müssen. Andererseits ächzen wir unter einem Steuerungsdefizit, denn die KMK verabschiedet eben Maßnahmen, die keineswegs verbindlich sind. Letztlich werden schwächere Bundesländer immer das Nachsehen haben. Wir gehören auch dazu.

Daher wäre ein Staatsvertrag absolut sinnvoll, der alle Bundesländer zwingt verbindlich die Lehrkräfteausbildung zu koordinieren, bedarfsgerecht auszubilden, gemeinsame Standards in der Lehrkräfteprognose, der Ausbildung sowie im Seiteneinstieg setzt und den Bund in die Pflicht nimmt, in Form eines Länderausgleichs zu unterstützen. Das ist Inhalt unseres Antrages. Schluss mit dem Wettrennen - die Kinder haben nämlich nichts davon. Hin zu einem kooperativen Föderalismus. Das muss die Richtung sein.

Sie sehen das nicht so. In der Beschlussempfehlung zu unserem Antrag verweist die Koalition darauf, dass dies ein langwieriger Prozess sei und nicht erfolgsversprechend wäre. Was Sie alles so glauben zu wissen. Zusätzlich verweisen Sie auf das hohe Gut des Bildungsföderalismus. Man habe hier eine historische Verantwortung.

Ich sage Ihnen: Ja, wir haben eine historische Verantwortung - nämlich die der verbindlichen Zusammenarbeit der Bundesländer miteinander und mit dem Bund. Denn wohin uns der Bildungsföderalismus bisher gebracht hat, sehen wir nun. Oder wollen Sie tatsächlich von einem Erfolgsprojekt sprechen?

Eines sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Im Koalitionsvertrag von SPD, CDU und Grünen steht: Zitat: „Wir streben an, die Schulabschlüsse zwischen den Bundesländern besser vergleichbar zu

machen. Darum setzen wir uns im Rahmen der Kultusministerkonferenz für einen Bildungsstaatsvertrag ein, der für alle Bundesländer verbindliche Vorgaben macht.“

Werte Kolleg\*innen der Koalition: Damit führen Sie ihre grundsätzliche Kritik am Instrument eines Staatsvertrages ad absurdum. Gleichzeitig betonen Sie auch im Koalitionsvertrag, sie würden sich für die Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich zwischen Bund und Ländern einsetzen. Hier wird ganz klar deutlich: Ihr Koalitionsvertrag ist nichts wert! Was Sie machen ist Schaufensterpolitik.

Die Beschlussempfehlung wird meine Fraktion natürlich ablehnen.